

Die alten Spitzel kommen wieder

Das neue Wachsamkeitsprinzip der Zonenpartei

Ungarische Kommunisten haben dieser Tage eine vorsichtig andeutete Feststellung gemacht: Just neun Monate nach dem Zusammenbruch des Rakosi-Regimes tauchen überall die sogar von Kadar in die Wüste geschickten Sicherheitspolizisten und Polizeispitzel wieder auf. Leute, die im vergangenen November ganz offiziell abtreten mußten, erweisen sich in der gegenwärtigen Entwicklungsphase unentbehrlich. Auf keinen einzigen will die Partei verzichten. Zur gleichen Zeit erleben wir dieses Phänomen in der SED. V-Leute, die zum Teil seit 1953 nicht mehr für den SSD tätig waren, kommen über Nacht wieder zu Ehren. Die Partei erweitert ihr staatspolitisches Spitzelnetz. Unter der Losung: „Achte darauf, wer neben dir lebt!“ eröffnet sie die vielleicht gewaltigste und grausigste „Wachsamkeitskampagne“ seit 1945.

Die SED ist durch die Flucht zahlreicher Wissenschaftler und Funktionäre, durch Vorgänge in ihrem inneren Bereich und durch Niederlagen in der kommunistischen Westarbeit zu der Überzeugung gelangt, daß seit dem 17. Juni 1953 zunehmend die innere Sicherheit untergraben worden sei. Ein Vorwurf, der den Zaisser-Nachfolger Wollweber derart trifft, daß dieser auf die ausgefallene Idee kam, buchstäblich über Nacht — noch dazu in einer unmöglichen politischen Situation — eine derartige Mißtrauensaktion zu starten.

SSD braucht „alte Kräfte“

Die Tatsache, daß SSD und SED-Parteiführung heute von solchen Ereignissen, wie der Flucht eines Prof. Vieweg oder eines Alfred Kantorowicz, überrascht werden können, hat Wollweber zu denken gegeben. Er führt dies darauf zurück, daß der SSD seit 1953 mit wenigen Ausnahmen sein gesamtes Personal ausgewechselt hat. So fehlen die alten Kräfte, die bereits in Emigrationszeiten für Stalins NKWD arbeiteten, die im Spanien-Krieg einen Hans Beimler ans Messer lieferten und die der Partei für die erste große SED-Säuberung von 1950 das Material lieferten.

Man hat in den letzten beiden Jahren geglaubt, auf diese Leute verzichten zu können. Ulbricht glaubte, wer 1955 noch zu ihm hielt, würde es auch die kommenden zehn Jahre tun. Tatsächlich gab es auch bis zum letzten Herbst kaum einen größeren Skandalfall in der Partei. Man wagte sogar, die Opfer der früheren Säuberungen, wie Dahlem und Merker, wieder aus der Versenkung zu holen. Dann kam die Polen-Ungarn-Krise — und hier hat Wollweber versagt...

Die letzte Frist

Ulbricht und Wollweber unterschätzten die Auswirkungen dieser Krise. Sie glaubten, die bis dahin der Partei treu gebliebenen Intellektuellen würden auch dieses verdauen. Sogar den Fall Harich wie auch die Flucht des SED-Landwirtschaftsexperten Vieweg führten sie auf ideologische Meinungsverschiedenheiten zurück. Weder Ulbricht noch Wollweber begriffen, daß hier für viele kommunistische Intellektuelle einfach ein x-beliebiger Anlaß gegeben war, innerlich den längst fälligen Bruch zu vollziehen. Diese Gewissenskrisen und Symptome vermag keine übliche Geheimpolizei zu er-

gründen. Hier hätte Wollweber die politische und ethische Vergangenheit eines jeden Parteimitglieds überprüfen müssen, um hinter der Fassade der Parteiergebenheit den Zweifel zu finden.

Entsinnet man sich der ersten Parteisäuberungen, so fielen diesen Leute zum Opfer, die bis zur Stunde ihrer Liquidierung als absolut treue Kommunisten und Ulbricht-Freunde galten. Aber die Dossiers, über die jene Leute stolpern mußten, stammten auch aus der Hand von engsten „Freunden“ und „Genossen“. Der SSD-Spitzel, der heute einen SED-Schriftsteller überwachen soll, vermag wohl dessen Lebenswandel zu ergründen, aber nicht seine Gedanken. So mußte denen, die das Spitzelnetz in Bewegung hielten, verborgen bleiben, daß für viele kommunistische Intellektuelle die letzte Frist gekommen ist: Wer nun noch bleibt, wird ewig bleiben müssen!

Es wird unerträglich

So geht nun alles wieder von vorn los. Nicht allein Kantorowicz hat den Anstoß dazu gegeben: Die alten Dossiers werden hervorgeholt, die alten „Informanten“ wieder zu „Vertrauensleuten“ erhoben. Jeder bespitzelt jeden, „Achte darauf, wer neben dir lebt!“...

Wie konnte ein Kantorowicz so isoliert leben, daß sein Gesinnungswandel, der sich ja durch viele Monate vollzog, unbemerkt blieb? Auf dieser Frage und auf ähnliche Überlegungen baut Wollweber seine neuen Pläne auf. Er begriff nicht, daß er ein Phänomen vor sich hat, dem er nicht mit Geheimpolizisten beikommen kann.

Die Waffe des Denkens

DT. Das ist ein greller Blitz, der soeben in die kommunistische Staatsbaracke eingeschlagen hat: die Flucht des Professors Kantorowicz nach der Bundesrepublik und seine vernichtende Abrechnung mit dem Geist und der Gestalt, die der Kommunismus im Machtbereich des Genossen Ulbricht angenommen hat. Hier wurde von einem Repräsentanten kommunistischer Geistigkeit, der bis vor kurzem als eine Zierde des Regimes galt, in einer Entladung von Enttäuschung, Bitterkeit und Empörung gründlich eine Illusion zerstört, in die der Flüchtling ein halbes Leben lang ein großes Maß an Glauben, Hoffnung und Geduld investiert hatte. Es ist besonders bemerkenswert, daß dieser neue Aufruhr eines alten Kommunisten im Bereich des akademischen Lebens der Zone geschieht, das in seiner ganzen Tiefe, von den Gelehrten bis zu den Studenten, zum Sorgenkind Nr. 1 des Genossen Ulbricht geworden ist. Dieser Intelligenz hat er den Krieg erklärt, ihre Bändigung ist zum wichtigsten Schwerpunkt der kommunistischen Propaganda und ihrer terroristischen Mittel geworden.

Als einst der Nationalsozialismus den Kampf gegen die Intelligenz oder die „intellektualistische“ Abart der Intelligenz führte, stellte Oswald Spengler ironisch fest, daß M a n g e l an Intelligenz noch nicht zur Überwindung des Intellektualismus führe. Dieser Hohn wurde von den Mächtigen verstanden und sehr übel genommen, aber Spengler hat recht behalten. Mit seinem offenkundigen Mangel an Intelligenz wird schließlich auch Ulbricht seinen dummen Kampf gegen das selbständige Denken der Intelligenzen verlieren.

Alle kommen ans Ziel

Der Weg von der Begeisterung für den Kommunismus bis zur Trennung von ihm ist bisweilen lang. Der eine legt

ihn schneller, der andere langsamer zurück. Professor Kantorowicz brauchte 26 Jahre, bis seine vom Antifaschismus geprägte Gläubigkeit an den Kommunismus, die er im Spanischen Bürgerkrieg auch mit dem Einsatz seines Lebens bestätigte, der Einsicht wich, daß Faschismus und Kommunismus eigentlich nur gleichwertige Unterabteilungen derselben Kategorie doktritärer Borniertheit und abstoßender Unmenschlichkeit sind. Schließlich kommen aber doch alle jene ans Ziel, die auch als Kommunisten nicht aufgehört haben, an die Würde des menschlichen Geistes zu glauben und den Drang nach selbständigem Denken zu betätigen.

Es hat den Anschein, daß die Intellektuellen, die ihren Kommunismus als ein Spiel mit schönen ideologischen Formeln betreiben, für den Prozeß der Desillusionierung meist längere Zeit benötigen als die einfachen und unkomplizierten Menschen, die als Arbeiter und Bauern in anderer Form unter dem Druck der kommunistischen Realitäten stehen. Das ist insofern bemerkenswert, als der geistig Schaffende im Zentrum seiner Existenz — und das ist die Freiheit des Denkens — womöglich noch mehr geschunden wird, als der Bauer und Arbeiter, die mit drakonischem Zwang zu immer höherer Erfüllung ihres Solls angetrieben werden. Für sie ist der Kommunismus weniger ein Gegenstand spekulativer Betrachtung als vielmehr ein tägliches Erlebnis, ein täglicher Vergleich zwischen Verheißung und Wirklichkeit am eigenen Körper. Der Unterschied ist für sie bereits mit dem kleinen Einmaleins greifbar, während anscheinend mancher Intellektuelle zu dieser Rechnung auf schwierige und zeitraubende Formeln der höheren Algebra zurückgreifen muß. Man braucht nur die Wahlziffern früherer kommunistischer Hochburgen Berlins mit dem Ergebnis der kommunistischen SED in den letzten Berliner Wahlen zu vergleichen, um bestätigt zu sehen, in welchem fast totalen Ausmaß hier der Bruch mit dem Kommunismus erfolgt ist. Der 17. Juni 1953 hat das gleiche auch in der Zone gezeigt. Die

anhaltende Flucht in die Freiheit mit dem großen Anteil gerade auch der Arbeiter bestätigt es weiter Tag für Tag.

Nun ist die Flucht immer nur die äußerste Konsequenz. Mit ihr hat auch Professor Kantorowicz lange gerungen. Das ist in keinem Falle eine leichte Entscheidung. Sie bedeutet nämlich die Trennung von guten menschlichen Beziehungen und wertvollem literarischem Besitz, der für einen geistigen Arbeiter unersetzlich ist. Nicht jeder kann also fliehen und nicht jeder darf fliehen. Jeder aber kann denken. Rund zwei Millionen sind bereits geflohen, aber rund 17 Millionen — die wenigen waschechten Kommunisten abgerechnet — sind noch da, und sie denken. Sie denken richtig! Gegen diese Waffe des Denkens ist auf die Dauer auch Genosse Ulbricht machtlos.

Nur die Mitläufer nicht!

Ungerührt von allem, was um sie geschieht, bleiben in der Zone nur die großen Mitläufer. Immer wieder müssen wir die Beobachtung machen, daß ein Kommunist, wenn er in seinem Denken und in seinem Charakter eine Substanz echter menschlicher Werte besitzt, leichter zum Bruch mit seinen Illusionen gelangt als jene alten „Demokraten“, die in der wohligen Sonne der kommunistischen Macht, obwohl nur geduldet, zu bescheidenem Mitgenuß in das Paradies der Funktionäre geladen sind. Sie spüren nichts von der moralischen „Atemnot“, aus der Professor Kantorowicz sich nicht nur durch die Flucht, sondern vor allem durch das Eingeständnis befreite, daß er zu einem winzigen Teile dazu beigetragen habe, gerade das mit herbeizuführen, wogegen er zu kämpfen vermeint hatte: „eben gegen die Rechtlosigkeit, die Ausbeutung der Arbeiter, die geistige Verknechtung der Intelligenz, die Willkürherrschaft einer Clique von Unwürdigen.“

Die großen Mitläufer sind unempfindlich für diese Einsichten. Was immer auch in Pankow geschehen mag — sie fahren fort, die Mächtigen zu preisen, hinter denen sie in

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Kühle Antwort Macmillans

„Sagen Sie ein Wort, Herr Bulganin!“

London (AP/DPA). Der britische Premierminister Macmillan hat in einem Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin erneut die Deutschlandpolitik seiner Regierung bekräftigt und an die Sowjetunion appelliert, dem ersten Schritt auf einem Wege zur Abrüstung zuzustimmen. „Sie brauchen nur ein Wort zu sagen, und ein echter Fortschritt ist sicher“, heißt es in der Antwort Macmillans auf ein Schreiben Bulganins vom 20. Juli.

Der Ton des Briefes von Macmillan ist höflich, kühl und bestimmt. Der Premierminister spricht offen aus, daß es „zweifellos besser ist, Meinungsverschiedenheiten klar auszudrücken, anstatt sie durch undurchsichtige Darlegungen zu tarnen“. Er, Macmillan, müsse „mit einiger Enttäuschung bekennen“, daß Bulganin die grundsätzlichen Fragen seines letzten Briefes nicht beantwortet habe. Zu diesen Fragen gehöre auch jene nach dem sowjetischen Standpunkt zur Wiedervereinigung Deutschlands. Der britische Standpunkt in der Deutschlandfrage, so schreibt Macmillan, gehe aus der Viermächte-Erklärung vom 29. Juli hervor, d. h.: Wiedervereinigung durch freie Wahlen bei gleichzeitiger Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und völliger Entscheidungs-

freiheit eines wiedervereinigten Deutschlands.

Der von Bulganin gewünschte Ausdehnung des Handels zwischen Großbritannien und der Sowjetunion stimmte Macmillan grundsätzlich zu, lehnte aber eine Aufhebung des Verbots der Ausfuhr gewisser kriegswichtiger Materialien nach dem Ostblock ab. Auch eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über kulturelle Austauschprogramme lehnte Macmillan mit dem Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn ab, „über die die britische Öffentlichkeit tief erschüttert“ sei. Zu der Versicherung Bulganins, daß es der Sowjetunion im Nahen Osten nur um die Sicherung des Friedens gehe, erklärt Macmillan, er begrüße diese Erklärung, doch stehe die jüngste Politik der Sowjetregierung im Widerspruch hierzu.

„Kinder zum Sparen erziehen“

Bundeskanzler Adenauer sprach vor über 5000 Frauen

Essen (DPA/AP). In vielen Wählenden legten die maßgebenden Politiker der Bundesrepublik erneut ihre politischen Konzeptionen dar. Der Bundeskanzler vertrat auf einer CDU-Kundgebung in Essen die Überzeugung, daß die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung von der Bevölkerung der Sowjetzone mehr gebilligt

werde, als die SPD annehme. Adenauer sprach auf der einzigen Frauenkundgebung der CDU in diesem Wahlkampf vor über 5000 weiblichen Zuhörern. Er sagte, es sei sehr gut, wenn die Frauen mit ihrem natürlichen Urteil heute Einfluß auf das politische Leben in Deutschland hätten. Er appellierte an sie, die Kinder mehr zum Sparen zu erziehen.

Der Abschied von Otto Suhr

Hunderttausende säumten die Straßen

Berlin (Eigenbericht). Mit einem feierlichen Staatsakt vor dem schwarz verhüllten Rathaus Schönberg haben Berlin und die Bundesrepublik Abschied von dem verstorbenen Regierenden Bürgermeister Professor Dr. Otto Suhr genommen. Ergriffen hörten Zehntausende auf dem Rudolph-Wilde-Platz die Gedenkrede des Bundespräsidenten. Gemeinsam mit Bundeskanzler Adenauer, Bundestagspräsident Gerstenmaier, dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer und einer großen Schar von höchsten Vertretern des politischen und kulturellen Lebens geleitete Heuss den Toten dann zum Waldfriedhof nach Zehlendorf. Dort wurde Otto Suhr in der Nähe des Grabes Ernst Reuters beigesetzt.

Bereits eine Stunde vor Beginn des Staatsaktes war der mit der Fahne Berlins bedeckte Sarg aus der Vorhalle des Rathauses auf die Freitreppe getragen und unter einem schwar-

zen Baldachin auf einem Katafalk aufgebahrt worden. An beiden Seiten des Sarges wurden die Kränze niedergelegt, so daß die Freitreppe bald einem Blumenmeer glich. Auf dem Rudolph-Wilde-Platz standen, umgeben von den Fahnen der deutschen Länder sowie der besetzten Ostgebiete, im offenen Viereck zwölf brennende Pylonen.

Kurz vor 16 Uhr erschien Bundespräsident Heuss, der sich ebenso wie Bundeskanzler Adenauer, Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundesratspräsident Sieveking, die Bundesminister Lemmer, Lübke, Merkatz und Oberländer sowie der SPD-Vorsitzende Ollenhauer zuvor in die Kondolenzliste eingetragen hatte, mit Frau Susanne Suhr auf der Freitreppe. Zum Staatsakt hatten sich Ehrengäste aus der ganzen Welt eingefunden. Man sah die Botschafter der drei Westmächte, Vertreter des diplomatischen Korps, hohe Offiziere der Alliierten, kirchliche Würdenträger, unter ihnen der katholische Bischof Dr. Döpfner, sowie die Rektoren und Dekane der Universitäten in vollem Ornat.

Das eigentliche Hindernis

DT. Wir können nur wünschen, daß der von dem amerikanischen Abrüstungsdelegierten Stassen geäußerte Optimismus nicht ganz unbegründet sein möge. Vielleicht hat er recht, wenn er meint, daß die Sowjetunion und der Westen sich heute in ihren Ansichten über die Abrüstung näherstünden als jemals in den vergangenen zwölf Jahren. Das trifft für die Einzelheiten sicher mehr zu als für die Gesamtkonzeption. Aber selbst wenn die Annäherung und Angleichung der Standpunkte sehr eng geworden wären, — auch ein kleiner Graben kann eine schwer überwindbare Trennung bedeuten, wenn hinter ihm das sowjetische Njet steht. Wir haben das in den vergangenen Jahren oft genug erfahren. Doch haben wir am österreichischen Staatsvertrag auch erlebt, daß ein großer Gegensatz in kleinen Fragen schnell und leicht ausgeglichen werden konnte, nachdem Moskau einmal entschlossen war, sein grundsätzliches Njet zurückzuziehen. In dieser Erfahrung liegt einer der Gründe, die den Westen bestimmen müssen, alle guten Anstrengungen geduldig fortzusetzen, um in der Deutschlandfrage und in der Weltfrage der Abrüstung zu einem Ausgleich mit der Sowjetunion zu gelangen.

Das wird indessen nur dann zum Erfolg führen, wenn es

den Sowjets nicht weiter gelingt, die Haltung des Westens aufzuweichen. Nichts ist dieser Absicht Moskaus günstiger, als der Wettlauf deklamatorischer Abrüstungsverhandlungen mit der technischen Weiterentwicklung der gefährlichsten Waffen. Das eigentliche Hindernis einer Abrüstung liegt vielleicht gerade in dem neu gierigen und rivalitätslüsternen Bestreben, die Vollendung und ganze Einsatzfähigkeit der „letzten Waffe“, also der interkontinentalen Rakete, möglichst noch mit Vorsprung vor dem Gegner sicherzustellen. Die sowjetische Ankündigung über den gelungenen Abschluß der interkontinentalen Rakete, für die Moskau den verschleppten deutschen Wissenschaftlern soviel zu danken hat, ist heute mehr ein Akt der politischen und psychologischen „Kriegsführung“, als eine wirkliche Gefahr. Die bereits wirksamen Raketen mittlerer Reichweite, die den Überfall mit der „letzten Waffe“ aus nähergelegenen Regionen beantworten würden, sind nicht weniger furchtbar.

Doch Moskau liebt es nun einmal, mit apokalyptischen Visionen eine Propaganda zu treiben, um die freien Völker zu erschrecken, einzuschüchtern, aufzuweichen und sie auf diese Weise gefügig zu machen. Moskau übersieht dabei wohl kaum, daß im Falle eines Konfliktes der beiden Atomgiganten die sowjetischen Städte nicht besser aussehen würden als der von Bulganin geschilderte „Totacker“ deutscher Städte. Wir glauben zuversichtlich, daß ein solcher Akt des Wahnsinnes allen Völkern erspart bleibt. Es hängt von uns selbst ab, ob wir auf die Moskauer Schreckpropaganda im Sinne der sowjetischen Erwartungen reagieren. Die richtige Antwort auf die sowjetische Einschüchterung und die an uns selbst gestellte Frage hat dieser Tage in einer großen Kundgebung Konrad Adenauer gegeben, als er seinen Hörern zurief, sie sollten sich nicht bange machen lassen. Das war in der rechten Stunde das rechte Wort. Furcht ist immer der schlechteste Ratgeber — erst recht dann, wenn wir uns die Furcht von einem Gegner, der auf sie spekuliert, einreden lassen.

Europa-Konzeption der Regierung

Vielbeachteter Vortrag des Staatssekretärs Hallstein

Innsbruck (AP). In einem vielbeachteten Vortrag anlässlich des „Europäischen Forum“ in Alpbach skizzierte Staatssekretär Prof. Dr. Walter Hallstein

die Grundzüge der deutschen Europa-Politik.

Hallstein, der zu dem Thema „Groß-Europa oder Klein-Europa“ das Wort ergriffen hatte, erklärte: „Klein-Europa verneinen heißt, die europäische Lösung verarmen lassen, auf die intensivsten Lösungen verzichten und die stärkste Fortschrittskraft lähmen, die im europäischen Bild sichtbar ist. Groß-Europa verneinen heißt, die europäische Einheit territorial willkürlich beschränken und damit die europäische Legitimation verlieren, die selbstverständlich eine gesamt-europäische Legitimation sein muß. Beides macht für die Gegenwart und nächste Zukunft die europäische Einigung aus.

Klein-Europa und Groß-Europa sind nicht Gegensätze. Sie stehen nicht in einem Verhältnis des Entweder-Oder, sondern sie ergänzen einander.

Theologie-Professor mit Fehlern

Zur Berufung Dr. Aligiero Tondis

Berlin (Eigenmeldung). Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ überraschte mit einer Mitteilung des Pankower Staatssekretariats für das Hochschulwesen, daß der italienische Theologie-Professor Dr. Aligiero Tondi zum ständigen Gastprofessor an der Ostberliner Humboldt-Universität ernannt worden sei.

Tondi, ein ehemaliger Jesuit, ist 1952 nach seinem Übertritt zur italienischen KP von der katholischen Kirche exkommuniziert worden. Er veröffentlichte bereits 1955 in einem Verlag der Ostzone angebliche Enthüllungen unter dem Titel „Vatikan und Neofaschismus“.

Einen Kommentar zu dem Wirken Tondis in Ostberlin gibt die Überschrift, die im „Neuen Deutschland“ unmittelbar unter der Meldung über seine Berufung steht: „... Zum Feind übergelaufen.“ Diese Überschrift gilt allerdings nicht Tondi, sondern — Alfred Kantorowicz.

DT. Wer glaubt, mit der Berufung Tondis zeige das SED-Regime einen kirchenfreundlichen Zug, der ist dem zum Opfer gefallen, was im „Neuen Deutschland“ schamhaft verschwiegen wird. Professor

So sind sie wirklich:

„Ich habe kein Rückgrat zum Zerschlagen...!“

Unlängst trat auf einer Ostberliner „Nationalrats“-Tagung ein Mann auf, dessen Name nur bei dem parteigeschichtlich orientierten Betrachter Erinnerungen weckt. Der Laie, dem dieser „unpolitische“ Mann hier einen flammenden Appell zur Bundestagswahl vorsetzte, kennt Wolfgang Langhoff nur als verdienten Intendanten des Ostberliner Deutschen Theaters. Aber gerade in dieser Eigenschaft wandte sich Langhoff an die westdeutschen Künstler, beschwor sie, am 15. September gegen Adenauer zu stimmen und sprach vom „Mangel persönlicher und künstlerischer Freiheit“ in der Bundesrepublik.

Inzwischen ist ein Kantorowicz, den die Partei bis zu seiner Flucht gehätschelt hat, in den Westen gegangen. Langhoff ist geblieben. Seine „persönliche Freiheit“ will er im Osten suchen, wo er sie vor Jahren nur durch den Verrat an seinen Freunden nicht verlor.

Von den Moorsoldaten...

Langhoff ist kein Kommunist, auch wenn er für viele deutsche Kommunisten eine verhängnisvolle Rolle spielte. Sohn bürgerlicher Eltern, wuchs er heute 56jährige, als dessen Geburtsstadt Berlin firmiert, abseits aller sozialen Spannungen in einer Schwarzwaldvilla auf. Mit 18 Jahren brannte er durch, wurde Seemann, und landete mit 20 am Theater. In Königsmannberg gab er sein erstes Debüt, dann kam das Hamburger Thalia-Theater, später Wiesbaden und Düsseldorf. Hier waren es persönliche Bindungen, die ihn mit den Kommunisten in Berührung brachten. Durch den später ermordeten KP-Schauspieler Hans Otto kam Langhoff in die Rote Gewerkschaftsopposition (RGO) und widmete sich dem zu dieser Zeit bereits überholten „Proletkult“ der KPD. Auf Arbeiterbühnen, die er als Jungintendant betreute, erwarb er sich den Rang eines „linken Intellektuellen, aus dem man keinen Kommunisten machen soll.

WOLFGANG LANGHOFF



der aber für die Sache nützlich ist“ (Thälmann 1932).

Die Wende in Langhoffs Leben war seine überraschende Verhaftung nach dem Reichstagsbrand und die Einlieferung in das Nazi-KZ Börgermoor. Hier entstanden die „Moorsoldaten“, einer der damals größten antifaschistischen Bucherfolge, der die emigrierte KP-Leitung bewog, Langhoff aus Prestige Gründen als einen der ihren zu benennen.

...in die sichere Schweiz

Aber Langhoff war nur wenige Monate in Börgermoor. Nach seiner Entlassung fuhr er in die Schweiz, verlegte die „Moorsoldaten“ und gründete in Zürich das erste „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Trotz wiederholter Aufforderung verminderte es Langhoff, das sichere Exil zu verlassen und zu der Emigrationsleitung nach Paris zu übersiedeln. Er spielte an namhaften Schweizer Bühnen und gehörte wohl zu den saturiertesten deutschen Emigranten.

Immerhin liefen damals zahlreiche Fäden der Illegalität zwischen Zürich und Paris, und Langhoff stand unvermeidlich im Mittelpunkt der erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den sich nach dem Hitler-

Stalin-Fakt spaltenden Kommunisten. Er selbst hütete sich vor einer Entscheidung: Im Zweifelsfall kam stets rechtzeitig der „unpolitische Künstler“ bei ihm durch...

Als einer der ersten Emigranten kehrte er in die Heimat zurück. Jedoch zog er Düsseldorf vor, bis ihn der nicht zu überhörende Ruf der Partei nach Ostberlin an das Deutsche Theater rief.

Die Säuberung von 1950

Was die SED bewog, diesen Mann in die politische Sphäre zu heben und an ihr damaliges Zentralsekretariat zu ketten, ist ungeründet. Als aber im August 1950 die erste SED-Säuberung den Kreis der ehemaligen West-Emigranten erschütterte, stand der Mann aus dem Züricher Asyl plötzlich als Kronzeuge vor dem Parteigericht. Während Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Willi Kreikemeyer und Maria Weiterer in der Versenkung oder in sowjetischen Gefängnissen verschwanden, während ein Mann wie der Chefredakteur des SED-Zentralorgans, Lex Ende, in Freiburg ums Leben kam, kehrte Langhoff trotz angeblicher Zugehörigkeit zum „Kreis der Verschwörer“ an sein „Deutsches Theater“ zurück.

Seit jenem Tag ist Langhoff ohne Freunde. Man hat ihn gefragt, warum er damals kein Rückgrat zeigte. Die von ihm verratenen Kommunisten sind inzwischen zum größten Teil rehabilitiert. Langhoff rettete sich durch Brecht und zitierte aus den „Geschichten des Herrn Keuner“: „Ich habe kein Rückgrat zum Zerschlagen...“

Nun steht der Mann erneut auf der Bühne der Parteitagitation und warnt vor Dingen, die ihm die Parteipresse am Frühstückstisch suggeriert. Und die Partei benutzt ihn, wie sie ihn einst wegen seiner „Moorsoldaten“ schätzte. Eine tiefere Bindung gibt es nicht. Nur in Richtung Westen findet sich für Langhoff noch politische Verwendung...

Was das Staatssekretariat verschweigt

Das Geheimnis der 2000 sowjetzonalen „Militärstudenten“

Das Ostberliner Staatssekretariat für Hochschulwesen gab kürzlich die Immatrikulationszahlen für das kommende erste Studiensemester bekannt. Danach sind von 21 000 Bewerbern insgesamt 14 100 zum Studium zugelassen worden. Zwei Zahlen fehlen in diesem Bericht. Erstens wurden 4800 Studienbewerber für die Ableistung des sogenannten „Praktischen Jahres“ bestimmt mit dem Versprechen, im Falle der Bewährung zum Studienjahr 1958/59 zugelassen zu werden. Zweitens jedoch haben rund 2000 Studenten ihre diesjährige Immatrikulation nur einem sogenannten „Stipendialvertrag“ mit der „Nationalen Volksarmee“ zu verdanken.

In diesen Verträgen mußten sich die Studienbewerber verpflichten, nach Ableistung ihres Studiums die Laufbahn eines Berufsoffiziers einzuschlagen. Als Gegenleistung zählt ihnen das Ministerium für Nationale Verteidigung Stipendien, die um 30 bis 50 Prozent über denen des Staatssekretariats für Hochschulwesen liegen. Erstmalig befinden sich auch Kandidaten für die Offizierslaufbahn im Staatssicherheitsdienst unter den sogenannten „Militärstudenten“. Ihre Zahl soll mehr als 100 betragen.

Seltsame Anwerbung

Armee und SSD haben sich recht ungewöhnlicher Methoden bei der Anwerbung dieser 2000 jungen Menschen bedient. Viele von diesen wurden erst im vergangenen Monat unter irgendeinem Vorwand in eine Behördendienststelle gerufen, wo ihnen eine Offizierskommission folgendes eröffnete: 1. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen habe wegen der Vielzahl an Bewerbungen den Immatrikulationsantrag des Betroffenen zurückstellen müssen. Dieser hätte nun die Chance, durch Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres auf die Warteliste des kommenden Jahres zu rücken. 2. Die Werbekommission für Offiziersanwärter, die für die Werbung an Oberschulen und Universitäten zuständig sei, habe davon Kenntnis erhalten. Die Kommission verfüge über eine Anzahl von Studienplätzen, die sich das Verteidigungsministerium für verschiedenartige Fälle reserviere. Dem Betroffenen werde ein solcher Studienplatz angeboten. 3. Im Falle der Einwilligung muß der Betreffende einen Sechsjahresvertrag mit der Nationalen Volks-

armee unterschreiben. Die für das Studium benötigte Zeit wird hierbei nicht angerechnet. In allen Fällen wurde den Vorgehenden acht Tage Bedenkzeit zugelassen.

Die unerwartet hohe Zahl derer, die diese Verträge unterschrieben haben, resultiert aus der Furcht vieler Studienbewerber, auch im nächsten Jahr nicht immatrikuliert zu werden. Die Hoffnung, erst einmal studieren zu können, läßt vorerst die Aussicht auf eine spätere Offizierslaufbahn verblasen. Immerhin wurde den angehenden Militärstudenten nahegelegt, die Tatsache ihrer Verpflichtung gegenüber ihren Kommilitonen geheimzuhalten. Die für den SSD Angeworbenen gelten bereits während der Zeit ihres Studiums als geheime Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Diese Leute rechtzeitig zu erkennen und zu isolieren, dürfte im äußersten Interesse der übrigen Studenten liegen.

Wenn man über die solcherart geworbenen Offiziersaspiranten trotzdem nicht ganz glücklich ist, so dürfte dies in der Furcht begründet liegen, die Militärstipendiaten könnten

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Postzeit oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

sich vorzeitig ihrer Verpflichtung entziehen. Die SED pflegt seit jeher einen bestimmten Prozentsatz Studenten einzukalkulieren, der noch während des Studiums oder unmittelbar danach zonenflüchtig wird. Die Tatsache, daß sich unter diesen viele sogenannte „Arbeiter- und Bauernstudenten“ befinden, die meist ein Vorstudium auf den „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ samt kostenfreier Internatsunterbringung genossen, ist für die Partei nicht gerade ermutigend. Um jetzt Ähnliches zu verhindern, hat man die „Militärstudenten“ gebeten, zwei bis drei Bürgen beizubringen, die während des Studiums gewissermaßen als „Paten“ fungieren. Dies sollen nach Möglichkeit bewährte SED-Mitglieder sein.

Erhard: Neue Hochkonjunktur

Verkürzung der Übergangszeit für das Saargebiet erwogen

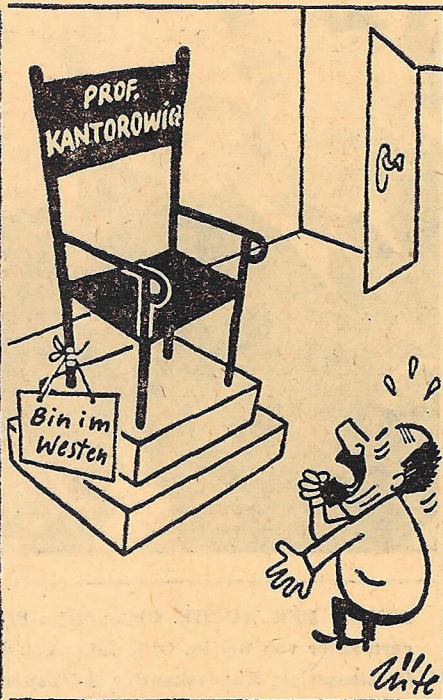
Saarbrücken (DPA). Bundeswirtschaftsminister Erhard hat in Saarbrücken für den Herbst eine neue wirtschaftliche Hochkonjunktur angekündigt. Der zu erwartende Sieg der Regierungsparteien bei den Wahlen werde eine neue Welle des Optimismus und der Investitionsbereitschaft auslösen, meinte er vor Journalisten. Ein auch wirtschaftlich zurück-

gegliedertes Saarland werde dabei eine neue Chance erhalten.

Frankreich werde wohl bereit sein, so meinte Erhard, über eine Verkürzung der Übergangszeit im Rahmen des Saarvertrages zu sprechen. Gespräche mit Frankreich könnten jedoch erst nach den Bundestagswahlen und der Bildung einer neuen Bundesregierung geführt werden.



Sorins neuer Griffel



Der „Leerstuhl“

Die Waffe des Denkens

Fortsetzung von Seite 2

silbernen Ketten herziehen. Nichts kann ihre Bequemlichkeit erschüttern und nichts ihr Denken wieder in die normale Bahn seiner menschlichen Funktion zurückführen. Sie haben sich mit sich selbst, mit ihrem Charakter und mit ihrem Schicksal völlig abgefunden — und fühlen sich dabei sogar wohl. Nur wenn wiederum, einer, der im Reiche der von ihnen verherrlichten kommunistischen Ideologie eine Zierde war, dem roten Spuk den Rücken kehrt und ihnen zum späten Abschied den Spiegel vorhält, dann schämen sie sich vielleicht ein wenig, — aber nur ganz still und leise, damit niemand etwas spürt von ihrem gegen Wissen um das, was sie

selbst eigentlich tun müßten. Doch sie tun es nicht! Sie haben kein Gefühl dafür, daß es niemals zu spät ist, den kleinen Koffer zu packen...

So geht das seit zwölf Jahren. Gelehrte, Schriftsteller, aufrechte Persönlichkeiten des politischen Lebens vollzogen den Bruch mit dem Kommunismus: echte Kommunisten, von der Idee Verführte, von der Macht Geblendete, ehrlich Irrende und opportunistische Rechner. Sie haben ihre Stunde schließlich erkannt. Nur die großen Mitläufer blieben das, was sie geworden sind, als sie sich aus alten Demokraten in willige Diener der kommunistischen Diktatur verwandelten. Sie reden sogar in neder fremder Sprache und haben nicht einmal den Mut zu schweigen,

wenn sie stumm sein sollten, um nicht ihr ganzes geistiges Elend unfreiwillig zu offenbaren.

Diese Schicht der kommunistischen Machthaber und ihrer „demokratischen“ Mitläufer steht als Ausdruck der Unfreiheit eines großen Teiles des deutschen Volkes zwischen Bonn und Moskau, — zwischen der Sowjetunion und Gesamtdeutschland. Wenn Chruschtschow, der vielreisende Redner aber schwer begreifende Politiker, das einmal begriffen haben wird, dann ist der Weg zu guten deutsch-sowjetischen Beziehungen frei. Nur die Forderung versperrt ihn heute, daß wir mit jener hauchdünnen Schicht verhandeln und das in ihren „Errungenschaften“ liegende geistige und materielle Elend auf ganz Deutschland übertragen sollen.



BILDER DER WOCHE. Oben: Beim Staatsakt für den verstorbenen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Otto Suhr. V. l. n. r.: US-Botschafter Bruce, Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundeskanzler Adenauer, Bundesratspräsident Sieveking, Ministerpräsident Steinhoff (Nordrhein-Westfalen), Ministerpräsident Reinert (Saarland) und Bundesratsminister v. Merkatz. — Unten: Tiefe Anteilnahme zeigten die Berliner bei dem Staatsakt vor dem Schöneberger Rathaus. Unser Bild zeigt den Wagen mit dem Sarg.

